

## Nachtrag zum Treffen: „Perspektiven von Mitbürger\*innen mit Einwanderungsgeschichte“ am Montag, 05.02.2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,  
Sehr geehrte Frau Staatsministerin Reem Alabali-Radovan,  
Sehr geehrter Herr Bundesminister Wolfgang Schmidt,

leider war bei unserem Treffen am Montag, 05.02.2024 nicht ausreichend Zeit alle unsere Anliegen zu äußern. Wir erlauben uns daher, wie bereits abgesprochen, Ihnen beiliegenden Nachtrag zu übersenden und auf unseren Kanälen zu veröffentlichen. Folgende Themen haben für uns als muslimische Wohlfahrtsorganisation eine große Relevanz:

### I. Analyse des IST-Zustands

Der Zusammenhalt in ganz Deutschland, den wir nach den „Correctiv- Enthüllungen“ bei Solidaritätskundgebungen und in den sozialen Medien beobachten, zeigt, welch positives Potenzial in unserer Gesellschaft steckt. Wir begrüßen, dass Sie und die Bundesregierung dieses Treffen veranlasst haben und bedanken uns für diese Signalwirkung auf unsere Gesellschaft. Dennoch wird die Gefährdung unseres friedlichen Zusammenlebens von Rechts und die Spaltung unserer offenen demokratischen Gesellschaft nicht verhindert werden, wenn die Politik keine klaren Konsequenzen zieht.

Der öffentliche Diskurs ist vergiftet. Mitbürger\*innen haben Angst und sind verunsichert. Der antimuslimische Rassismus wächst und wird insbesondere von muslimisch gelesenen Frauen in der Öffentlichkeit, aber auch von Jugendlichen in ihrem Schulalltag täglich erlebt. Die Verfassungstreue von Menschen mit Migrationshintergrund wird angezweifelt, die Zuverlässigkeit der deutschen Staatsbürgerschaft wird hinterfragt. Dies wirkt sich bei Menschen mit Migrationshintergrund negativ auf die Motivation zur Integration aus und verstärkt die Tendenz zur gesellschaftlichen Spaltung.

Für Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft und Menschen, die bereits seit vielen Jahren ein Teil der deutschen Gesellschaft geworden sind, gibt es jedoch kein „Zurück“. Deutschland ist ihre Heimat!

Folgende fünf Punkte fallen besonders ins Gewicht:

- 1. Der Anlass:** Das sogenannte „Geheimtreffen“ war weder „geheim“ noch „überraschend“. Die besprochenen Inhalte werden schon lange öffentlich in entsprechenden Kreisen diskutiert und sind schon lange Teil von Wahlprogrammen. Dies verstärkt phasenweise die Gewalt gegenüber Migrant:innen, Muslim:innen und als solche gelesenen Menschen.
- 2. Die Sprache:** Das „Framing“ oder das „Wording“ rechtsradikaler erreichen inzwischen weitere Kreise und gelangen in die Mitte der Gesellschaft. Der öffentliche Diskurs ist seit vielen Jahren infiziert von einer Sprache, die Vorurteile reproduziert. „Kopftuchmädchen“, „Messermänner“ und „Kleine Paschas“ „islamistisch“ sind Begriffe, die Betroffene verletzen und nicht nur von Extremisten verwendet werden. Auch die plakative Ankündigung „im großen Stil abzuschieben“, wirkt nicht nur auf die wenigen tatsächlich Betroffenen, sondern verunsichert alle Betroffenen.
- 3. Agenda Setting:** Aus Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen, werden von nahezu allen Parteien die Themen von Rechtsextremen bedient. Es geht aber nicht nur um die Benennung von Problemen, sondern auch um die Relevanz. Die Aufmerksamkeit, die Rechtsradikale und ihre Positionen derzeit erhalten, lenkt ab von wichtigeren Problemen und gibt Radikalen Gelegenheit, für ihre Positionen zu werben.
- 4. Reduktion eines Phänomens:** Das Problem eines steigenden Rassismus in der Bevölkerung wird häufig auf Mitglieder oder Wähler einer Partei oder auf antisemitische

Einstellungen von extremistischen Organisationen, gleich welchen politischen Spektrums (rechts oder links) und gleich welcher Religionszugehörigkeit, reduziert. Das Problem des Rassismus betrifft aber die gesamte Gesellschaft.

- 5. Wertegeleitete Politik:** Das Image von Deutschland hat sich in vielen Ländern stark verschlechtert. Die propagierten Werte werden immer mehr als Doppelmoral wahrgenommen. Dies schadet sowohl unserem Außenhandel als auch unseren Chancen im Wettbewerb um die besten Fachkräfte für unsere Gesellschaft. Wir stellen auch mit Besorgnis fest, dass mehr und mehr Akademiker:innen mit sogenanntem Migrationshintergrund unserem Land den Rücken kehren.

## II. Forderungen

**Partizipation heißt auch Verantwortung:** Muslimische und migrantische Organisationen und die Strukturen, die wir bedarfsorientiert zu schaffen versuchen, sind ein wichtiger Bestandteil der Teilhabe an unserer Gesellschaft. Jedoch werden solche Angebote oft als Parallelstrukturen abgetan. Partizipation bedeutet auch muslimischen und migrantisch gelesenen Organisationen Verantwortung zu geben und sie **nicht nur in Projektförderungen, sondern auch in Regelförderungen** einzubinden.

**Teilhabe von Muslimi:innen und Migrant:innenorganisationen erleichtern:** Die Bundesregierung schaffte zum ersten Mal durch das Bundesprogramm "Menschen stärken Menschen" des Bundesfamilienministeriums, migrantisch gelesene Organisationen in ein bundesweites Förderprogramm zu inkludieren. Als Trägerorganisation gelang es uns, innerhalb von fünf Jahren eine nachhaltige Infrastruktur und einen Rahmen für die Sichtbarkeit muslimischen Engagements und muslimischer Wohlfahrtspflege zu schaffen. Mit Hilfe von über 1.200 Ehrenamtlichen mit mehrheitlich muslimischem und migrantischem Hintergrund konnten wir über sieben Tausend Geflüchtete und Sozialbenachteiligte begleiten und in niederschweligen Maßnahmen betreuen. Während der Ukraine Krise bildeten wir in vier Monaten 601 Patenschaften mit Menschen aus der Ukraine. Diese Leistung zeigt, dass das Engagement von Muslim:innen und Migrant:innen nicht nur auf die eigenen Kreise begrenzt bleibt, wenn dafür Räume und Möglichkeiten geschaffen werden. Das Programm ist zugleich ein Ausdruck gelebter Vielfalt und damit ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Dies ist wichtiger denn je. Das Bundesprogramm sollte deshalb deutlich ausgebaut, angemessen ausgestattet und nachhaltig abgesichert werden. Aktuell sind die Trägerorganisationen in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt und teilweise in ihrer Existenz gefährdet, da die zugesagten Haushaltsmittel nicht freigegeben sind. Hier sollte eine schnelle Lösung gefunden werden. Solche Bundesprogramme machen die Potenziale in unserer Gesellschaft sichtbar und verdienen eine Verstärkung.

**Prioritäten bei der Projektförderung:** Wir haben in den letzten Jahren Projekte durchgeführt, die nachweislich Erfolg bei der „Beheimatung“ muslimischer Zielgruppen erzielt, das gesellschaftliche Miteinander gefördert und spaltende Einstellungen bekämpft haben. Solche gelungenen Projekte und Maßnahmen dürfen nicht aufgrund von Zeitbefristungen wie ein Strohfeuer wirken und müssen langfristig gefördert werden. Wir brauchen identitätsstiftende und stärkende Maßnahmen, die durch muslimisch und migrantisch gelesene Organisationen getragen werden. Dazu gehört auch politische Bildung, insbesondere für Frauen. Nicht nur weil sie als Mütter die Kinder beeinflussen könnten, sondern auch weil sie eine soziale und treibende Kraft sind und ihre Motivation nicht verlieren dürfen.

Bildung ist Ländersache. Dennoch sollte der Bund koordinierend in Bildungspolitik mitwirken und **Länderübergreifende Maßnahmen gegen Diskriminierungen**, die bereits in der Schule beginnen entgegentreten. Zudem reicht das **Bildungsangebot von Schulen** offensichtlich nicht aus, um aktuelle Debatten besprechbar zu machen und demokratische Diskurse zu verstehen und mitzugestalten. Die Lehrerschaft ist überfordert mit aktuellen Konflikten umzugehen, ihnen fehlen Materialien und Methoden. Außerhalb von Lehrplänen benötigen wir Raum für ergänzende Angebote. Gerade Jugendliche, die ihre Identität noch finden müssen, benötigen Räume, in denen sie offen diskutieren können, ihre Gefühle äußern dürfen, ohne befürchten zu

müssen ausgegrenzt zu werden. Bieten wir Jugendlichen keine Möglichkeiten offen zu sprechen, suchen sie sich Räume und sind gefährdet für Radikalisierung.

Wir begrüßen ausdrücklich die **Modernisierung der Staatsbürgerschaftsgesetz und Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit**. Jedoch müssen bei den mit der Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts verbundenen Regeln **zur Ausbürgerung klare rechtssichere Kriterien** benannt werden, die eine willkürliche Ausbürgerung im Falle einer zweiten Staatsbürgerschaft verhindern. Es darf kein Raum geschaffen werden, der das mit der Staatsbürgerschaft verbundene Integrationsversprechen relativiert. Nur schwere Straftaten, die gerichtlich festgestellt wurden, dürfen eine Ausbürgerung ermöglichen.

**Die Solidarität und Einheit auf der Straße und die Sensibilität sollen sich in allen Bereichen des Lebens widerspiegeln:** Dafür muss die AGG-Reform endlich beschlossen werden. Die Forderungen des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „AGG Reform - Jetzt!“ müssen von der Bundesregierung auf die Agenda genommen werden. Muslimische Frauen leiden am meisten unter intersektionaler Diskriminierung. Den Betroffenen müssen barrierefreie Zugänge zu Informationen und Antidiskriminierungsberatungen erleichtert werden. Gerade im Hinblick auf Antimuslimischen Rassismus brauchen wir leicht zugängliche Antidiskriminierungsberatungsstellen für Betroffene, die das Vertrauen der Zielgruppe genießen.

Die Hintergründe der Mordserie des nationalsozialistischen Untergrunds“ müssen endlich aufgeklärt werden. Die seit 2012 unter Verschluss gehaltenen **NSU-Akten müssen veröffentlicht werden**, damit die Menschen wieder Vertrauen zum deutschen Staat gewinnen.

**FAZIT:** Das Misstrauen gegenüber Demokratie und Meinungsfreiheit vergrößert sich. Wir müssen schnell dagegen handeln. Wir müssen konsequent dagegen steuern. Wir müssen alle Mitbürger:innen, auch unsere Basis, für Demokratie und Zusammenhalt in der Gesellschaft gewinnen.

Wir bedanken uns für das Gespräch und freuen uns, dass Sie auch weiterhin ein offenes Ohr für unsere Anliegen haben. Wir freuen uns, mit Ihnen im Gespräch bleiben zu können und die oben genannten Punkte zu besprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ayten Kılıçarslan  
Geschäftsführende Vorstandsvorsitzende